

# DEMOKRATIE UND PARTEIEN

TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN  
NACH DER BUNDESTAGSWAHL

2. November 2017 • FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG • Hiroshimastr. 28 • Berlin



## „What’s new?“ – Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl Thesenpapier

Stefan Marschall, Düsseldorf

Die Bundestagswahl 2017 ist in den Medien als „**Umbruch**“, „**Zäsur**“, „**Erdbeben**“ oder „**tektonische Verschiebung**“ bezeichnet worden. Das Umbruchhafte wird daran festgemacht, dass erstmals seit Jahrzehnten wieder **sieben Parteien im Bundestag** sind – so viele wie seit 1953 nicht mehr – und dass mit der **Alternative für Deutschland** zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine starke rechtspopulistische Partei parlamentarisch vertreten ist.

Meine **Gegenthese** lautet: Die Wahl 2017 kann weder überraschen noch zeigen sich Trends, die sich nicht bereits zuvor abgezeichnet hätten. Insofern manifestieren sich bei der Bundestagswahl 2017 **längst laufende Entwicklungen im deutschen Parteiensystem und im Wahlverhalten**. Sichtbar wird dies vor allem dann, wenn man nicht nur auf die parlamentarische Seite des Parteiensystems schaut, sondern verstärkt die elektorale Ebene mitberücksichtigt, und wenn man die Entwicklungen auf der Ebene der Bundesländer einbezieht.

So hätte bereits die **Bundestagswahl 2013 beinahe ein Sieben-Parteien-Parlament** zur Folge gehabt. FDP und AfD waren jeweils nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Bei der Wahl 2017 hat sich die 2013 entstandene **Repräsentationslücke wieder ein wenig geschlossen**: Waren 2013 fast 45 Prozent der Wahlberechtigten nicht im Parlament vertreten – weil sie sich entweder nicht an der Wahl beteiligt oder für eine Partei gestimmt haben, die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist – reduzierte sich der Anteil der Nicht-Repräsentierten 2017 auf unter 30 Prozent. **Angebot und Nachfrage** haben sich wieder **stärker eingependelt**.

**Auf Landesebene** sehen wir schon seit geraumer Zeit **Parteiensysteme mit unterschiedlich ausgeprägter Fragmentierung** – und Landesparlamente mit sechs bis sieben Parlamentsparteien. Mit Blick auf die vergangenen Landtagswahlen konnte auch der Einzug der AfD in den Bundestag nicht wirklich überraschen. Stand November 2017 ist die **AfD in 14 der 16 Landtage** vertreten – mit angesichts der aktuellen Umfragewerte guten Chancen, im kommenden Jahr in die beiden verbleibenden Landtage in Hessen und Bayern einzuziehen. Im Vergleich dazu saß die Piratenpartei zu ihren Bestzeiten Anfang der 2010er nur in einem Viertel der Landtage.

Auch wenn die Wahl 2017 selbst kein „turning point“ ist (da die Umbrüche schon vorher stattgefunden haben), zeichnet sich die Bundesebene nun durch eine seit Langem ungekannte **parlamentarische Fragmentierung** aus. Die **Fragmentierung zeigt sich auch im Angebot**. Bei der Bundestagswahl 2017 traten 34 Parteien mit Landesliste an – ein Höchstwert. Diese Fragmentierung hat starke Auswirkungen auf die Arbeit des Bundestages und erfordert zugleich eine größere Kooperationsbereitschaft unter den Parteien.

Die parlamentarische Fragmentierung ist auch mit einer **Polarisierung** verbunden. Im Deutschen Bundestag findet sich mit FDP und AfD nun ein breiteres Spektrum an ideologischen Positionen. Diese Polarisierung ist von der Großen Koalition gefördert worden. **Große Zentrumskoalitionen öffnen Räume an den Rändern**. Die programmatische Bewegung der Union hin zur SPD hat Platz für die AfD geschaffen. Hinzu kommt die **singuläre Position der AfD in der Flüchtlingspolitik**. Mit ihrem Alleinstellungsmerkmal in diesem Konfliktfeld konnte die Partei zahlreiche (Protest-)Wähler/-innen für sich gewinnen.

Die Wahl 2017 wirft zudem ein Schlaglicht auf die Debatte rund um die **„Volksparteien“**. Bei der Wahl hat der **Anteil der traditionellen „Volksparteien“ Union und SPD einen Tiefststand** erreicht – sowohl im Zweitstimmenanteil als auch (wegen der schmaleren Repräsentationslücke) im Mandatsanteil. Das Muster ähnelt der Delle im Jahr 2009. Diese Bewegungen in den Zahlen sprechen dafür, dass Große Koalitionen den beiden „Volksparteien“ effektiv schaden.

Der **Blick auf die Landesparlamente** zeigt wiederum, dass es kein einheitliches Bild gibt, was die Stärke der „Volksparteien“ betrifft. Immerhin **in neun von 16 Landtagen haben Union und SPD gemeinsam über 60 Prozent** der Mandate. Jedoch bilden die zwei Parteien nicht durchweg die beiden stärksten Fraktionen in den Landesparlamenten. In Baden-Württemberg sind die Grünen die mandatsreichste Partei, in Mecklenburg-Vorpommern gehören die AfD sowie in drei ostdeutschen Bundesländern die Linkspartei zu den beiden stärksten parlamentarischen Kräften. Die **traditionellen „Volksparteien“ sind nicht immer die Großparteien** auf Landesebene.

In den Ländern zeigt sich eine **hohe Kooperationsbereitschaft** zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien (AfD ausgenommen). Insgesamt lassen sich **dreizehn Koalitionsformate in den sechzehn Ländern** finden. Dies signalisiert die hohe gegenseitige Offenheit der Parteien und die geringe Segmentierung des politischen Systems. Die Koalitionsoffenheit strahlt auch auf die Bundesebene aus. Die **rückläufige Segmentierung ist eine notwendige Konsequenz einer Fragmentierung**, die klassische Zwei-Parteien-Koalitionen in vielen Kontexten nicht mehr zulässt. Außerdem reichen die Parteien eines „Lagers“ nicht mehr zwingend für eine Mehrheitsbildung aus.

Die Parteien spielen somit über die Länder hinweg, aber auch über die Ebenen Bund und Land **multiple – mitunter konträre – Rollen**: von der außerparlamentarischen Oppositionsformation bis hin zur Seniorrolle in einer Landesregierung. Die föderale Ebene ist ein **Laboratorium**, dessen Erfahrungen in die Koalitionsdebatten auf Bundesebene transportiert werden.

An der Varianz auf der Landesebene zeigt sich nochmals brennpunktartig die Rolle von (veränderlichen) Rahmenbedingungen für das Parteiensystem. Die Kontextabhängigkeit verstärkt die **Volatilität des bundesdeutschen Parteiensystems** und die Schwierigkeit, Entwicklungen des Parteiensystems vorherzusagen.

Somit bleiben offene Fragen. Was bedeutet eine **Jamaika-Koalition auf Bundesebene** für das Parteiensystem: eine Verfestigung des Trends zu mehr Kooperation auf Bundesebene? Was bringt eine **Oppositionsrolle der SPD** mit sich: eine Renaissance der Zwei-Parteien-Dominanz auf Bundesebene? Was macht die **parlamentarische Arbeit mit der AfD**: Entsteht eine „Stammwählerschaft“, und wie entwickelt sich die Partei intern weiter? Das Parteiensystem unterliegt einer **stärkeren Dynamik** als noch vor geraumer Zeit. Insofern kann jede Wahl ein neuer Umbruch sein. Eins ist sicher: die Unsicherheit von Vorhersagen über die Zukunft des deutschen Parteiensystems.